

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

## Ein Kern für die Europäische Union?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Scharrer, Hans-Eckart (1994) : Ein Kern für die Europäische Union?,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 9, pp. 434-435

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137158>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

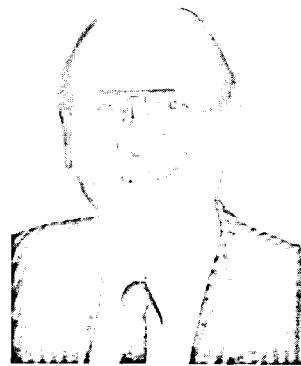
**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Ein Kern für die Europäische Union?



Hans-Eckart Scharrer

**H**eftige Reaktionen im In- und Ausland haben die „Überlegungen zur europäischen Politik“ der CDU/CSU-Fraktion ausgelöst. Die Autoren des Papiers plädieren angesichts der von ihnen diagnostizierten Gefahr einer Rückentwicklung der Europäischen Union (EU) „zu einer lockeren, im wesentlichen auf einige wirtschaftliche Aspekte beschränkten Formation“ für ein fünfteiliges Maßnahmenpaket: die institutionelle Weiterentwicklung der EU und die Verwirklichung der Subsidiarität, die weitere Festigung ihres Kerns, die Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen, die Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der EU und ihre Erweiterung nach Osten um das Jahr 2000. Aus diesem Maßnahmenbündel, das die Autoren als „eine sich wechselseitig bedingende Einheit“ sehen, haben ihre Forderungen nach Verankerung der Methode der „variablen Geometrie“ oder „mehrerer Geschwindigkeiten“ im Unionsvertrag und nach weiterer Festigung des „festen Kerns der Fünf“ in der Öffentlichkeit das größte Aufsehen erregt. Dabei enthält das Papier eine ganze Reihe von teils bedenkenswerten, teils problematischen Aussagen, Forderungen und Empfehlungen.

Das gilt zunächst für den Grundtenor des Papiers: Deutschland hat aufgrund seiner historischen Erfahrungen und seiner geographischen Lage ein vitales politisches (und wirtschaftliches) Interesse an einer starken Europäischen Union und ihrer Erweiterung nach Osten; dieses deutsche Interesse deckt sich mit dem größeren europäischen Interesse. Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Ohne nähere Erläuterung nicht unmittelbar nachvollziehbar ist hingegen die These, daß eine „vertiefende Verfestigung“ der Union erst die Voraussetzung für die Erweiterung schaffe. Worauf soll sich diese vertiefende Verfestigung beziehen? Auf die institutionelle Weiterentwicklung? Auf neue Politiken? Auf den ersten Blick erscheint nicht eine Verfestigung der Gemeinschaft, sondern im Gegenteil die Reform – insbesondere die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, der ausufernden Strukturpolitiken und der Finanzverfassung – als notwendige Voraussetzung der Osterweiterung. Sie würde sonst für die „alten“ Mitglieder, und nicht zuletzt für die wenigen bedeutenden Nettozahler unter ihnen, schlicht unbezahlbar.

Die institutionelle Fortentwicklung der Union in dem von den Autoren angestrebten Sinne – Orientierung am Modell des föderativen Staatsaufbaus: schrittweise Schaffung eines Zweikammersystems aus Parlament und Rat; Kommission mit „Zügen einer europäischen Regierung“ – erscheint zwar prinzipiell wünschenswert, um das Demokratiedefizit der Gemeinschaft abzubauen. Allerdings ist dieses Ziel wohl allenfalls auf sehr lange Sicht erreichbar. John Major hat ihm in Leiden gerade eine unmißverständliche Absage erteilt. Nach seiner Auffassung ist die EU „eine Vereinigung von Staaten, die ihre grundlegende demokratische Legitimation aus *nationalen* Parlamenten bezieht. Und dabei sollte es auch bleiben“. Die ablehnende britische Haltung, die in ihrer Tendenz auch von manchen anderen Ländern geteilt wird, ist natürlich auch den Autoren bewußt. Deshalb ihr Plädoyer für ein Europa „variabler Geometrie“ oder „mehrerer Geschwindigkeiten“, das durch den Unionsvertrag bzw. ein neues, auf der Regierungskonferenz 1996 zu beschließendes „verfassungsähnliches Dokument“ sanktioniert und institutionalisiert werden sollte.

Dieses Europa „variabler Geometrie“ würde sich um einen „festen Kern von integrationsorientierten und kooperationswilligen Ländern“ gruppieren, zu dem die Verfasser neben Deutschland

und Frankreich – als „Kern des festen Kerns“ (!) – die Benelux-Länder zählen. Sie müßten sich „nicht nur selbstverständlich an allen Politikbereichen beteiligen, sondern darüber hinaus gemeinsam erkennbar gemeinschaftsorientierter handeln als andere und gemeinsame Initiativen einbringen, um die Union weiterzuentwickeln“. Sie bilden damit die Klammer, die die Union angesichts erkennbarer zentrifugaler Tendenzen, insbesondere zwischen dem eher protektionistischen und interventionistischen Süden und dem eher offenen und liberalen Norden, zusammenhält.

Der Gedanke ist nicht so neu, wie die Heftigkeit der Reaktionen auf diesen Vorschlag vermuten lassen könnte. Bereits vor 20 Jahren hat Willy Brandt mit seiner Feststellung: „Die Gemeinschaft braucht eine Politik der Abstufung der Integration“ eine heftige Kontroverse ausgelöst. Auch in die praktische Europapolitik hat die Methode bereits Eingang gefunden: seit 1979 im Europäischen Währungssystem (EWS), das von Anfang an als ein offenes und flexibles System mit abgestufter Teilnahme vereinbart wurde; später im Schengener Abkommen über den Abbau der Grenzkontrollen im innergemeinschaftlichen Personenverkehr; und neuerdings im Maastricht-Abkommen, das beim Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, für die Beteiligung an der gemeinsamen Sozialpolitik und für die Teilnahme an der gemeinsamen Verteidigung im Rahmen der WEU nicht nur „unterschiedliche Geschwindigkeiten“ auf dem Wege zu einem gemeinsamen Endziel, sondern eine „variable Geometrie“ auf Dauer vertraglich zuläßt.

Neu ist demnach nicht die Methode. Neu ist vielmehr, daß das CDU/CSU-Papier den Kern exakt bestimmt. Hier liegt auch seine Problematik. Es ist eine Sache, eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich und den Benelux-Ländern zu pflegen, um die Integration voranzutreiben und die besondere Verantwortung Zentraleuropas (nicht: Kerneuropas) für den Zusammenhalt der Union zu betonen. Es ist eine zweite Sache, festzustellen, daß das Ziel der Währungsunion aus heutiger Sicht wohl nur von einigen Ländern termingerecht erreicht werden kann – zu denen neben den Fünf auch Dänemark und Irland (im Papier erwähnt) und Österreich (nicht erwähnt) zu rechnen sind. Es ist eine ganz andere Sache, Länder wie Italien und Spanien, aber auch Großbritannien, mit dem Deutschland starke gemeinsame Interessen verbindet, a priori aus dem Kreis der „integrationsorientierten und kooperationswilligen Länder“ auszuklammern. Dem Anliegen wurde damit kein guter Dienst erwiesen.

Dieses Anliegen ist richtig. Es geht zum einen darum, die Union zusammenzuhalten und im Kreise derer, die dies wünschen, weiterzuentwickeln. Diese Weiterentwicklung ist kein Selbstzweck, sondern sie muß sich an den konkreten Interessen der (beteiligten) Mitgliedstaaten orientieren. Und sie darf nicht am Veto oder an unangemessenen Kompensationsforderungen einzelner Mitgliedstaaten scheitern. Es geht zum anderen darum, keine zusätzlichen Hürden für eine Erweiterung aufzubauen, die die Gemeinschaft selbst nicht nehmen kann, sondern die Union durch Anpassung ihrer Institutionen und Politiken für die Erweiterung „fit“ zu machen. Dazu gehört auch die Frage, wie der *essentielle*, von künftigen Beitrittsländern unbedingt zu übernehmende „acquis communautaire“ zu definieren ist. Das Modell einer mehrstufigen Union, von Edouard Balladur, aber auch von John Major und anderen in die Debatte eingebracht, bedarf der weiteren Diskussion.

Und es geht schließlich darum, die innere Stabilität einer künftigen Gemeinschaft der Sechzehn, Zwanzig oder mehr zu sichern. Dies kann nicht dadurch geschehen, daß alle Mitgliedstaaten und ihre Bürger in das Prokrustesbett einheitlicher europäischer Regulierungen und Politiken auf möglichst vielen Tätigkeitsfeldern gepreßt werden. Vielmehr muß sich jeder Mitgliedstaat mit seinen Interessen und Besonderheiten in der Gemeinschaft wiederfinden können. Die Gemeinschaft muß daher künftig mehr als *Anbieter* (möglichst nützlicher) gemeinsamer Regelungen denn als ihr Erzwinger in Erscheinung treten. Bei der Regelung der Währungsunion im Maastricht-Abkommen wurde diese Chance verpaßt. „Variable Geometrie“ (oder auch unterschiedliche Geschwindigkeiten) und Subsidiarität erweisen sich damit als zwei Seiten derselben Medaille.

Insgesamt hat das Papier nicht nur Staub aufgewirbelt, sondern auch die europapolitische Debatte im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996 in Gang gebracht. Es wäre gut, wenn es in der Bundesrepublik auch eine Diskussion über die deutschen Interessen und Ziele in der Europäischen Union entfachen würde. Mit einem einfachen „Wir sind für Vertiefung und Erweiterung“ ist es angesichts der mittelosteuropäischen Herausforderung für die Qualität und das künftige „Management“ Europas nicht mehr getan.